

Richter bis 67 – wer will länger im Amt bleiben?

HAMBURG :: Drei gut dotierte Präsidentenposten mit viel Verantwortung und viel Prestige: In der Hamburger Justiz schien sich ein Rennen auf Spitzenpositionen anzubahnen. Beim Landgericht wird zum 1. April ein neuer Präsident gesucht, und auch beim Oberlandesgericht (OLG) und beim OVG nähern sich die Präsidenten dem Pensionsalter. Doch weil jetzt eine Gesetzesänderung geplant ist, die es Richtern ermöglichen soll, erst im Alter von 67 in Pension zu gehen, könnten die bisherigen OLG-Präsidenten und OVG-Präsidenten noch weitere Jahre im Amt bleiben.

OLG-Präsidentin Erika Andreß gibt sich zurückhaltend bei der Frage, ob sie sich eine Verlängerung ihrer Dienstzeit bis 67 vorstellen könne. „Ich werde die Entwicklung in der Hamburger Justiz beobachten und mich dann so oder so entscheiden“, so Andreß. Bei Friedrich-Joachim Mehmel, OVG-Präsident und Verfassungsgerichtspräsident, liegt der Fall anders. „Bislang gibt es das Gesetz nicht“, betont OVG-Sprecher Andreas Lambiris. „Aber für den Fall, dass für Herrn Mehmel eine Verlängerung seiner Amtszeit möglich wäre, käme das für ihn ernsthaft in Betracht.“

Das Amt des Landgerichtspräsidenten muss in jedem Fall zügig neu besetzt werden. LG-Präsidentin Sibylle Umlauf geht zum 31. März in Pension; seit diesem Freitag läuft die Ausschreibung für ihre Nachfolge. Wer ins Rennen gehen wird, ist noch offen. Allerdings kursieren juristischen Namen von Personen, denen man Ambitionen auf den Posten des LG-Präsidenten zuutraut.

Als ein aussichtsreicher Kandidat wird Marc Tully gehandelt, Vorsitzender des 1. Strafsenats am Oberlandesgericht und Vorsitzender des Hamburgischen Richtervereins. Tully gilt als sehr gut vernetzt, starke Persönlichkeit und besonders klug. Aus der Rechtsprechung ist der 51-Jährige bestens bekannt, unter anderem aus dem HSH-Nordbank-Prozess. Allerdings hat Tully nicht nur Freunde. Kritiker bemängeln, er sei zu sehr darauf aus, sich zu profilieren.

Gute Chancen auf das Amt des Landgerichtspräsidenten können sich auch Juristen ausrechnen mit viel Erfahrung im Bereich der Gerichtsorganisation. Damit wären die langjährigen Vizepräsidenten vom Amtsgericht, Silke Alander, dem Landgericht, Bernd Lübbe, und dem Oberlandesgericht, Guido Christensen, prädestiniert. Auf allen drei Positionen ist viel Geschick und Fingerspitzengefühl im Umgang mit Personal sowie ein hohes Maß an Verwaltungserfahrung gefordert. Dem Vernehmen nach haben alle drei Vizepräsidenten ihre Ämter bislang so ausgefüllt, dass es sie für noch höhere Aufgaben empfehlen würde. (bem)

Volksinitiative will Kohlekraftwerke abschalten

HAMBURG :: „Tschüs Kohle“ – unter diesem Namen hat sich ein Hamburger Bündnis gegründet, das in der kommenden Woche eine Volksinitiative für den Kohle-Ausstieg starten will. Die Initiative solle am 21. Februar offiziell in der Senatskanzlei angemeldet werden, kündigten die Initiatoren am Freitag an.

„Wir wollen erreichen, dass in Hamburg ab 2025 keine Wärme und ab 2030 auch kein Strom mehr aus Kohle produziert werden“, heißt es auf der Homepage des Bündnisses. Und weiter: „Die Verbrennung von Kohle trägt massiv zum CO₂-Ausstoß bei. Derzeit werden in Hamburg noch 60 Prozent der Fernwärme und 85 Prozent des in Hamburg produzierten Stroms in den Steinkohlekraftwerken Wedel, Tiefstack und Moorburg erzeugt.“ Sollte die Initiative ihr Ziel erreichen, würde das das Aus für alle Kohlekraftwerke in Hamburg bedeuten. Wedel wird ohnehin abgeschaltet.

Zu den Unterstützer-Organisationen des Bündnisses gehören unter anderem das Zentrum für Mission und Ökumene in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland und der Zukunftsrat Hamburg. „Tschüs Kohle ist meine Herzensangelegenheit“, sagt Wiebke Hansen, Sprecherin des Bündnisses. Sie war schon bei der Initiative „Unser Hamburger, unser Netz“ aktiv, die 2013 die Rekommunalisierung der Energienetze per Volksentscheid durchgesetzt hatte. (dey)

Wem gehört Hamburg? Machen Sie mit!

Mieter, Eigentümer, Immobilieninvestoren: **Großes Rechercheprojekt** will den Wohnungsmarkt transparent machen

JUSTUS VON DANIELS, CORRECTIV.ORG

HAMBURG :: „Und was bezahlt Ihr für Eure Wohnung?“ Diese Frage ist längst zum festen Bestandteil eines Small Talks geworden. Auf einer Party, am Rande des Fußballplatzes, beim Abholen von der Kita, beim Plausch am Kiosk. Wer mit jemandem länger als ein paar Minuten ins Gespräch kommt, landet erst recht beim Thema Wohnen. Und oft beim Preis. Weil es für viele zur Existenzfrage geworden ist.

Die meisten Hamburger haben eine Geschichte darüber zu erzählen, wie verrückt der Wohnungsmarkt in der Stadt geworden ist. Die junge Familie, die sich eine größere Wohnung für den doppelten Quadratmeterpreis nicht leisten kann und stattdessen ein Hochbett ins Zimmer einbaut. Die Altmietler, deren Haus aufwendig saniert wird und deren Miete plötzlich kräftig ansteigt. Sollen sie auf ihre alten Tage das Viertel wechseln? Die Hausverwaltungen, die oftmals nicht erreichbar sind. Die Studenten, die nach Hamburg ziehen wollen und nichts finden.

Die Politik wollte die galoppierenden Mieten mit der Mietpreisbremse bekämpfen. Gebracht hat es wenig. In den Koalitionsplänen der möglichen neuen Bundesregierung finden sich Ideen, den Vermietern ein paar zusätzliche Fesseln anzulegen, um die deftigen Mietaufschläge zu verhindern.



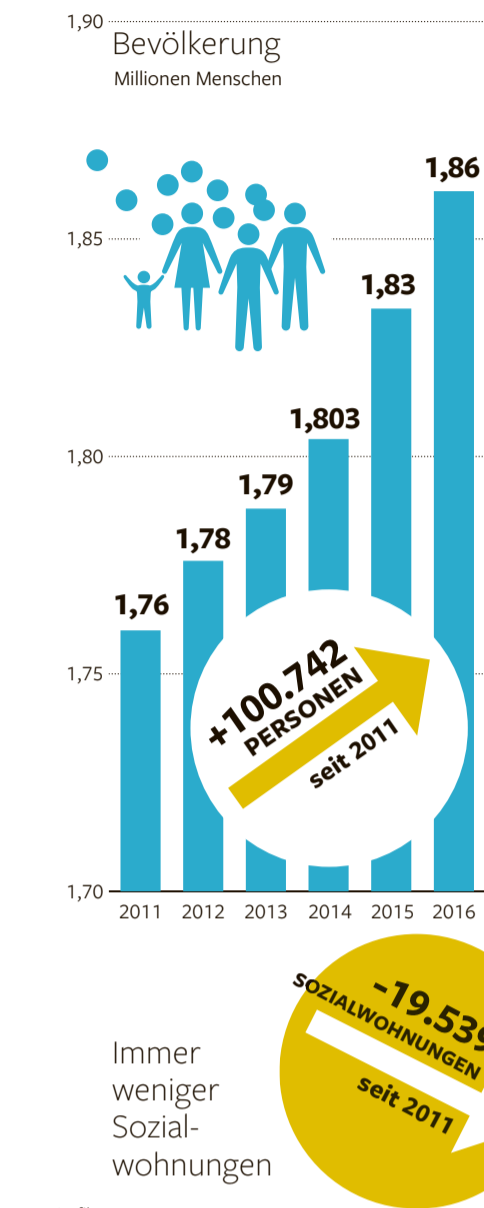
WEM GEHÖRT HAMBURG

Doch eine Sache wird sich auch mit der möglichen Großen Koalition aus Union und SPD nicht ändern: Die Eigentümer der Mietwohnungen bleiben weitgehend geheim. Das ist ein zentrales Problem im Immobilienmarkt. Um es klarzustellen: Die meisten Vermieter arbeiten seriös. Aber für fragwürdige Investoren sind Wohnungen in deutschen Großstädten zunehmend ein lukratives Geschäft.

Das Hamburger Abendblatt und das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv wollen mehr über diesen Markt erfahren. Deshalb starten die beiden Redaktionen ein Projekt, bei dem Bürger mitrecherchieren können. In den nächsten zwei Monaten werden wir auf der Plattform wem-gehört-hamburg.de mehr Licht ins Dunkel bringen, auch gemeinsam mit den Bürgern. Sie können dabei helfen, mehr über die Eigentümer dieser Stadt herauszufinden.

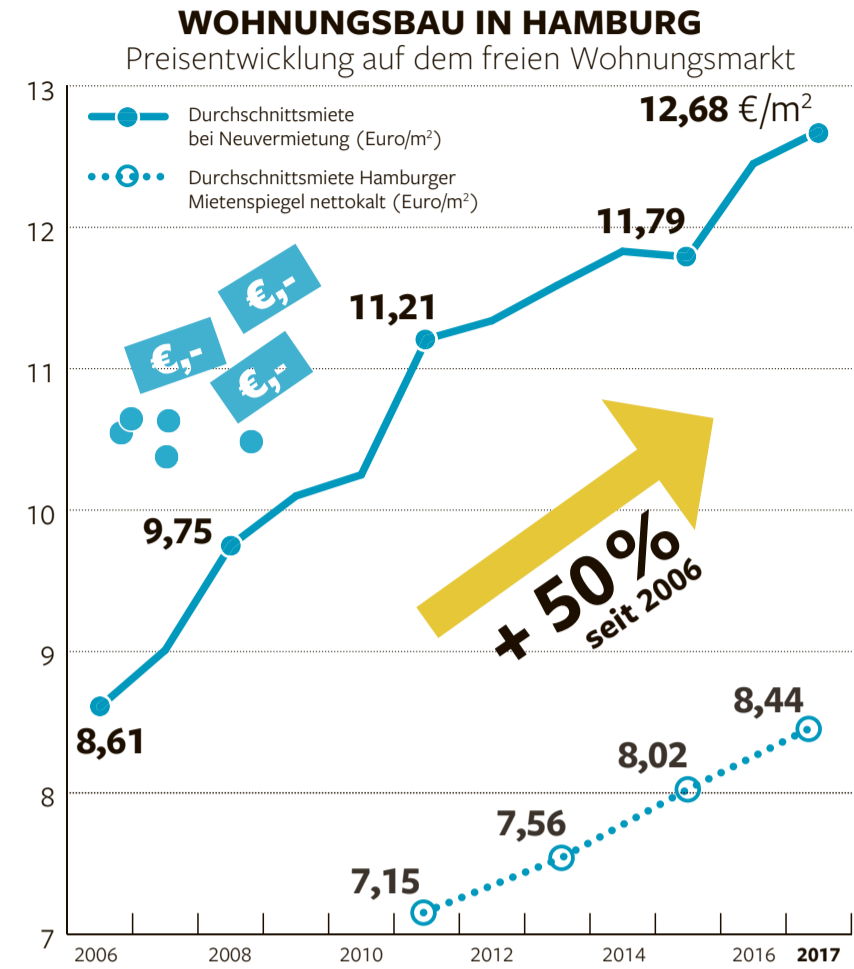
Mit den Informationen soll ein neues Bild von der Stadt entstehen: Wer besitzt was? Wer steht hinter den Häusern oder den Hausverwaltungen? In welchen Vierteln sind umstrittene Vermieter tätig, die Mieter wegsaniieren? Welche Firmen ihre Gewinne aus hohen Mieten in Steuerparadiesen verstecken? Dabei geht es nicht darum, Investoren sinnvoller Bauprojekte an den Pranger zu stellen.

Aber oftmals wissen die Mieter selbst nicht, wem die Wohnung gehört, in der sie wohnen. Weil hinter der Woh-



Grafik: F. Hasse

Immer weniger Sozialwohnungen



Jahr	Anzahl Wohngebäude	Anzahl Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl der Sozialwohnungen	Anzahl der Sozialwohnungen in % aller Wohnungen
2011	241.749	907.863	98.495	10,8 %
2012	242.934	911.164	96.854	10,6 %
2013	244.763	917.234	86.680	9,5 %
2014	246.090	923.840	86.671	9,4 %
2015	247.814	931.236	81.767	8,8 %
2016	249.198	938.592	78.956	8,4 %
Saldo	+7449	+30.729	-19.539	-2,4 %

Quelle: BDW, Statistikamt Nord, Studie Gymnasium Ohmoor

nung nicht ein privater Eigentümer steht, der ein oder zwei Immobilien in Hamburg besitzt. Sondern weil hinter der Hausverwaltung, die im Mietvertrag auftaucht, eine anonyme Firma steht, die vor allem eins im Sinn hat: Rendite.

Der Immobilienmarkt ist intransparent, weil die Grundbücher für die Öffentlichkeit nicht einsehbar sind. Das nützt vor allem denen, die den Markt kennen, also den großen Immobilienfirmen. Für Mieter und Bürger ist es schwer, die Auswüchse auf dem Wohnungsmarkt zu erkennen, wenn es keine Übersicht gibt. Von der Intransparenz profitieren sogar Kriminelle, die den deutschen Immobilienmarkt für sich entdeckt haben. Eigentümer können sich hinter verschalteten Firmen in Steuerparadiesen verstecken. Auch in Hamburg? Wir werden recherchieren.

Es gibt mehrere Gründe, warum die Preise steigen: Haushalte benötigen mehr Fläche, weil immer mehr Menschen alleine leben. Mehr Menschen ziehen nach Hamburg. Allein zwischen 2011 und 2016 kamen gut 100.000 Menschen in die Hansestadt. Flüchtlinge werden in Wohnungen untergebracht.

Hamburg ist attraktiv für Europas Bauinvestoren

Dazu kommt das billige Geld aufgrund der Niedrigzinsen. Mit Aktien und Anleihen sind kaum noch Gewinne zu erwirtschaften. Daher setzen die Anleger auf Immobilien, weil sich damit noch hohe Renditen erwirtschaften lassen. Renditen, die über höhere Mieten eingespielt werden sollen.

Kürzlich ergab eine Umfrage unter Investoren, dass Hamburg europaweit zu den attraktivsten Städten für Bauinvestoren gehört – in einem Ranking landete die Hansestadt auf Platz 6. In die Metropole fließt immer noch viel Geld, goldene Zeiten für Bauherren. Dabei ist der Wohnungsmarkt recht stabil aufgestellt. 900.000 Wohnungen gibt es in Hamburg insgesamt; 700.000 von ihnen sind vermietet. Ein Fünftel dieser Wohnungen gehören der städtischen Saga. Weitere 130.000 werden von Genossenschaften verwaltet. Viele Mieter profitieren von moderaten Mieten.

Aber auch in der Hansestadt wird offenbar gezoekt. Es wird teuer saniert, Altmietler müssen teilweise ausziehen, die Wohnung wird dann für einen höheren Preis vermietet. Es wird gebaut, und die privaten Investoren wollen an den Häusern natürlich verdienen. Aber die können sich Normalverdiener nicht leisten.

Correctiv

Correctiv ist das erste gemeinnützige Recherchezentrum in Deutschland. Die Journalisten arbeiten unabhängig und nicht gewinnorientiert. Die Redaktion finanziert sich ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge von Unterstützern. Ihr Anspruch: in langfristigen Recherchen Missstände aufdecken und unvoreingenommen darüber berichten. Sie können die Arbeit unterstützen unter correctiv.org

Ältere Mehrfamilienhäuser werden gern als Paket an andere Investoren oder Fonds weiterverkauft. Oft ohne dass die Mieter davon etwas mitbekommen. Ihre Wohnung wird zur Ware. Vielleicht steht sie in den Büchern einer Briefkastenfirma.

Von April an sind Bürger eingeladen mitzurecherchieren

Gerade erst hat eine der größten privaten Immobilieninvestoren, die Vonovia, bekannt gegeben, dass sie den Wohnungsriesen Buwog schluckt. Buwog verwaltet in Deutschland und Österreich etwa 35.000 Wohnungen, rund 2000 davon in Hamburg. Vor zehn Jahren gehörten diese Wohnungen noch einer anderen Gesellschaft, der DGAG. Der künftige Eigentümer Vonovia ist nicht überall unumstritten. Die Mieter dürften von dieser Transaktion, die zurzeit läuft, wenig mitbekommen. Und die Stadt Hamburg darf damit rechnen, dass der neue Eigentümer keine Grunderwerbssteuer zahlen wird. Das geht, weil Investoren ein Steuer-schlupfloch für Unternehmen nutzen können.

Wir werden in den nächsten zwei Monaten konkret berichten, wie sich der Wohnungsmarkt auf die Bürger auswirkt – von April an mit den Bürgern gemeinsam. So lassen sich die Schwachstellen aufdecken, die es offensichtlich gibt. Die Stadt verändert sich zurzeit vor allem über den Preis. Über den lohnt es zu diskutieren, wenn die Hintergründe dazu bekannt sind. Und über die Frage: Wem gehört die Stadt?

So geht es

Wem gehört Hamburg? Diesen Satz werden Sie in den nächsten Monaten häufiger lesen. Denn wir wollen mehr Transparenz auf dem Hamburger Wohnungsmarkt schaffen. Das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv und das Hamburger Abendblatt starten dazu ein eigenes Projekt, an dem sich auch der Mieterverein in Hamburg beteiligt.

Schon jetzt können Sie sich auf der Internetseite wem-gehört-hamburg.de in einen Newsletter eintragen. Dann informieren wir Sie über den Fortgang des Projektes und über unsere Veröffentlichungen zum Thema Wohnen. Dort finden Sie auch Kontaktmöglichkeiten zu unseren Reportern und Veranstaltungen zum Thema, die Sie in den kommenden Wochen in Hamburg kostenlos besuchen können.

Ab April laden wir Sie ein, mit uns zu recherchieren. Auf einer neuen Plattform können Sie den Redaktionen dann mitteilen, wer der Eigentümer Ihrer Mietwohnung ist und welche Erfahrungen Sie mit Ihrem Vermieter gesammelt haben. Aus den gewonnenen Daten können wir die Stadt für alle transparenter machen. Und wir können dort recherchieren, wo sich Missstände zeigen.

Bauarbeiten für U-1-Haltestelle Oldenfelde beginnen

Bürgermeister Olaf Scholz machte den **ersten Spatenstich** für das 20-Millionen-Projekt. Die Fertigstellung ist Ende 2019 geplant

JOHANNA SCHMIDT

RAHLSTEDT :: Die Bauarbeiten für die neue U-Bahn-Station Oldenfelde haben begonnen. Mit einem Spatenstich von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und Hochbahn-Chef Henrik Falk wurde am Freitag der Startschuss für das Vorhaben gegeben. Auch Erstklässler der Grundschule Bekassinenu setzen ihre Spatenstiche Seite an Seite mit dem Bürgermeister.

Gebaut wird die oberirdische Haltestelle auf dem 2,6 Kilometer langen Abschnitt der Linie U 1 zwischen den Stationen Farmsen und Berne im Bereich Busbrookhöhe/Am Knill. Die Kosten liegen bei rund 20 Millionen Euro. Es entsteht ein Gebäude mit einem 125 Meter langen Bahnsteig und einer Bike&Ride-Anlage mit rund 240 Stellplätzen.

Bislang brauchten die Anwohner im Umkreis der neuen Station mit Bus und Bahn bis zum Hauptbahnhof rund 40 Minuten. Wenn die neue Haltestelle Ende 2019 eingeweiht wird, beträgt die Fahrtzeit mit der U 1 nur noch 20 Minuten.



So soll die Haltestelle Oldenfelde mit Bike&Ride-Anlage aussehen Hochbahn

Im Umfeld der neuen Haltestelle leben rund 4500 Menschen. „Wir wollen, dass alle Bürger in der Lage sind, jeden Ort der Stadt in einer angemessenen Zeit und auf eine sichere und komfortable Weise zu erreichen. Dieses Ver-



Grafik: fh

sprechen halten wir,“ sagte Bürgermeister Scholz.

In den kommenden 15 bis 20 Jahren sollen mehr als 150.000 Bürger neu an das Netz aus S- und U-Bahnen angeschlossen werden, es wird unter anderem die Linie U 5 gebaut. Der weitere Ausbau des Nahverkehrs sei auch eine Frage von Gerechtigkeit, Chancen und Zusammenhalt, so der Bürgermeister. Es müsse möglich sein, dass die Wahl des Arbeitsplatzes nicht davon abhängt, in welchem Stadtteil man lebt. „Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist ein Kernprojekt unserer Politik: Hier geht es um handfesten Umweltschutz und mehr Lebensqualität“, sagte Grünen-Fraktionschef Anjes Tjarks.

Für Hochbahn-Chef Falk steht fest: „Die U-Bahn ist und bleibt das Rückgrat für Mobilität in der Stadt. Das zeigt

auch der starke Fahrgastzuwachs der letzten Jahre.“ Deshalb sei der weitere Ausbau des Netzes nur konsequent.

Besonders wichtig war der Hochbahn bei der Entstehung des Bahnhofs die enge Zusammenarbeit mit den Bürgern. So konnten die Anwohner in einem dreistufigen Beteiligungsverfahren Anregungen und Verbesserungsvorschläge für die Station einbringen, die in die Planung aufgenommen wurden. Ein Ergebnis: Die Lage der Haltestelle wurde um rund 40 Meter nach Süden verschoben.

Die Bauarbeiten sollen überwiegend bei laufendem Betrieb erfolgen. Vier kürzere Betriebsunterbrechungen auf der U 1 werden trotzdem notwendig sein und sollen auf die Schulferien im Frühjahr und Herbst 2018 sowie Frühjahr 2019 gelegt werden.

„Investoren schrauben die Mieten nach oben“

Mietervereins-Chef Siegmund Chychla ruft die Hamburger auf, beim Rechercheprojekt **von Abendblatt und Correctiv** mitzuwirken – zu ihrem eigenen Schutz



Siegmund Chychla vertritt als Vorstand des Mietervereins zu Hamburg unmittelbar rund 65.000 Mieter, die Mitglieder sind

Klaus Bodig

JENS MEYER-WELLMANN
UND MARGHERITA BETTONI

HAMBURG :: Er gilt als mächtigster Vertreter der Hamburger Mieter: Siegmund Chychla. Vorstand und Geschäftsführer des Mietervereins zu Hamburg, vertritt nicht nur rund 65.000 Mitglieds Haushalte, sondern sieht sich auch als Interessenwahrer der insgesamt rund 720.000 Wohnungsmieter in der Hansestadt gegenüber der Politik. Im Abendblatt-Interview erklärt er, warum es für Mieter so wichtig ist zu wissen, wer genau ihr Vermieter ist, warum sich sein Verein an dem Projekt „Wem gehört Hamburg?“ beteiligt – und er äußert sich zu den Plänen der Großen Koalition und ihren Auswirkungen für Mieter.

Hamburger Abendblatt: Herr Chychla, nach dem jüngsten Mietenspiegel scheint sich der Anstieg der Mieten in Hamburg zu verlangsamen. Können Sie schon Entwarnung geben?

Siegmund Chychla: Nein, auf keinen Fall. Denn die Mieten steigen ja weiterhin mit 5,2 Prozent deutlich schneller als alle anderen Preise. Der etwas reduzierte Anstieg gegenüber den Vorjahren hat viel mit der Hamburger Politik der vergangenen Jahre zu tun. Erstens wurde 2013 die Kappungsgrenze, also die maximale mögliche Mieterhöhung binnen drei Jahren, von 20 auf 15 Prozent gesenkt. Auch die Mietpreiskontrolle, also die Höchstgrenze bei Neuvermietungen, hat wohl einen Effekt gehabt – auch wenn sie weniger gewirkt hat als erhofft. Außerdem hatte der Bau von mehr als 30.000 Wohnungen zwischen 2011 und 2016 einen positiven Effekt.

Führt allein die hohe Nachfrage zu den nach wie vor schnell steigenden Mieten?

Nein, es gibt auch andere Faktoren. Ein ganz entscheidender ist, dass im Zeitalter der Globalisierung immer mehr internationale Investoren auf den Hamburger Immobilienmarkt drängen. Mit vielen anderen Anlagen lässt sich nämlich derzeit wegen der niedrigen Zinsen kaum Geld verdienen. Also fließt immer mehr Kapital in Wohnungen und Wohnhäuser.

Das erhöht aber doch zunächst nur die Immobilienpreise. Dem Mieter kann das doch egal sein, oder?

Falsch. Denn Vermieter, die allein auf die höchstmögliche Rendite schauen, werden die Mieten stets bis zur rechtlich möglichen Grenze anheben – manche auch darüber hinaus, solange niemand

sich dagegen wehrt. Genossenschaften oder die städtische Saga handhaben das anders. Denn ihnen geht es in erster Linie darum, den Bürger der Stadt Obdach zu geben – und nicht darum, möglichst viel Geld zu verdienen. Auch kleinen Privatvermietern ist ein gutes Verhältnis zu ihren Mietern oft wichtiger als die Maximierung des Gewinns. Reine Investoren tragen mit ihren hohen Renditeerwartungen also dazu bei, dass die Mieten schneller steigen.

Wie ist denn der Wohnungsbestand in Hamburg verteilt?



WEM GEHÖRT HAMBURG

Wir haben rund 720.000 Mietwohnungen in Hamburg. Davon gehören rund 130.000 der städtischen Saga und 130.000 den 30 Hamburger Baugenossenschaften. Die restlichen 460.000 gehören privaten Vermietern. Eines der größten Privatunternehmen auf dem Markt ist der neue Bundesriese Vonovia. Die Vonovia dürfte in Hamburg 12.000 Wohnungen besitzen. Es gibt auch andere größere örtliche Unternehmen wie z. B. Thor, Plambeck oder die Vogel KG, denen viele Wohnungen gehören. Dazu gibt es viele kleinere Bestandhalter, von denen niemand so genau weiß, wie viele es sind und was ihnen alles gehört.

Gibt es denn Indizien für massive Investitionen durch Investoren oder Fonds?

Ja. So hat sich zuletzt etwa der skandinavische Investor Akelius massiv auf dem Hamburger Wohnungsmarkt eingekauft. Wir schätzen, dass Akelius bereits rund 6000 Wohnungen in Hamburg besitzt. Es kommen auch immer mehr andere ausländische Investoren, die in Deutschland Wohnungen aufkaufen. Neben Frankfurt, Berlin und München ist Hamburg für viele ein interessanter Markt. Auch chinesische Investoren haben ein Auge auf Deutschland und Hamburg geworfen.

Aber haben große Investoren nicht immer eine wichtige Rolle gespielt?

Nein. Solange sich anders gut Geld verdienen ließ, standen Wohnungen nicht

so stark im Fokus, wenn es um Investitionen oder Spekulation ging. Bis vor zehn Jahren wurden auch meist nur größere Bestände übernommen. Mittlerweile kaufen sich Investoren auch gerne Einzelwohnungen oder Häuser zusammen. Das ist neu.

Warum stehen Deutschland und Hamburg da jetzt so im Fokus?

London ist schon zu teuer und wird auch durch den Brexit unattraktiver. Und Anleger sind auf der Suche nach politisch stabilen und prosperierenden Volkswirtschaften. Und da sind Deutschland und Hamburg eben eine gute Adresse. Die Mieter bekommen oft gar nicht bewusst mit, wenn die Wohnung, in der sie leben, verkauft wird – das merken sie oft erst richtig, wenn plötzlich teuer modernisiert wird und die Mieten stark erhöht werden. Oder wenn es Probleme mit der Instandsetzung gibt.

Mieter kennen ihre Vermieter nicht?

Ja, das hört sich seltsam an. Oft haben die Mieter aber tatsächlich nur mit Wohnungsverwaltungen zu tun, die nur Dienstleister der Eigentümer sind. Auch weiß man oft nicht, wer sich hinter irgendwelchen Aktiengesellschaften oder GmbHs verbirgt. Das ist ja das Ungeheure: Während Mieter sich vor den Vermietern quasi nackt ausziehen müssen, was Einkommen, Arbeitgeber oder Schufa angeht, bleibt oft völlig offen, wer der wahre Vermieter ist. Da herrscht oft große Intransparenz – obwohl Mietverhältnisse oft länger halten als Ehen. Wir wollen, dass jeder Mieter in Hamburg erfährt, wer sein Vermieter ist.

Was nützt dem einzelnen Mieter das?

Immer, wenn es Probleme gibt, wird es zum Riesenärgernis, wenn der Eigentümer nicht bekannt ist. Manchmal dauert es Wochen, bis man im Fall von Streitigkeiten herausbekommt, wer der Vermieter ist. Viele Hausverwaltungen weigern sich schlicht, diese Information weiterzugeben, sodass Mieter erst mit unserer Hilfe den Rechtsanspruch gerichtlich durchsetzen müssen. Auch kann man sich als Mieter schlecht informieren, wo die eigene Mietkaution liegt oder wie es um die Bonität des Vermieters steht, wenn man nicht weiß, wer der Vermieter ist. Abgesehen davon ist es nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für den politischen Entscheidungsträger wichtig zu wissen, wem auf dem Wohnungsmarkt was gehört und wie sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt entwickelt.

Womit wir bei unserem Projekt wären.

Genau. Deshalb beteiligen wir uns an dem Rechercheprojekt von Correctiv und dem Abendblatt. Als Mieterverein wollen wir gemeinsam mit den Journalisten für mehr Transparenz auf dem Mietwohnungsmarkt in Hamburg sorgen. Dafür brauchen wir allerdings die Unterstützung der Mieter. Jeder Mieter in Hamburg sollte im Eigeninteresse in seinen Mietvertrag schauen und prüfen, ob dort der Vermieter oder nur der Hausverwalter genannt wird. Bei Unklarheiten und Fragen werden wir Mieter gerne Hilfestellung zukommen lassen, den Eigentümer zu ermitteln, wenn sie ihn nicht kennen. Dafür muss man auch nicht Mitglied bei uns werden. Ziel ist es, für uns alle gemeinsam herauszufinden, wer der tatsächliche Vertragspartner der Mieter ist und wem in Hamburg welche Mietwohnungen gehören.

Wie bewerten Sie den Koalitionsvertrag von SPD und Union in Sachen Mieterrechte?

Gemessen an unseren Erwartungen hätten wir uns mehr gewünscht, wenn aber berücksichtigt wird, dass die Wohnraumversorgung im Wahlkampf leider von anderen Themen überlagert wurde, sind die hypothetischen Koalitionäre im Großen und Ganzen auf einem guten Weg. Die Mietpreiskontrolle soll verschärft werden, die Kosten für Modernisierungen sollen etwas weniger stark auf Mieter umgelegt werden – und der Bund will den Ländern Fördermittel für den Wohnungsbau auch nach 2019 zukommen lassen und Bundesimmobilien überlassen, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Das ist alles im Sinne der Mieter.

Sie sind also zufrieden?

Sagen wir es so: Derzeit sehe ich außer der GroKo keine realistische Chance für eine politische Mehrheit, die mehr für Mieter tun würde. Schwarz-Gelb oder eine Jamaika-Koalition wären definitiv schlechter für die Mieter gewesen.

Empfehlen Sie den SPD-Mitgliedern also, der GroKo zuzustimmen?

Unbedingt! Denn was nützt es den Menschen in den Ballungsräumen wie Hamburg, vor allem denen, die der SPD nahe stehen, wenn sie aus den Städten verdrängt werden, nur weil die SPD sich nicht der politischen Verantwortung stellen, sondern um ihre Erneuerung kümmern will. Dann hätten wir im besten Falle überspitzt ausgedrückt den Effekt: Partei erneuert und die Mieter schauen in die Röhre.

Event-Perlen für unsere Leser, gemacht vom Hamburger Abendblatt

Goldbraun gebratene Stinte in den Vier- und Marschlanden:
Schippern Sie zum „Stint satt“ ins Fährhaus Tatenberg!

Termin Sonntag, 18. März 2018
10 Uhr Fahrt mit dem Reisebus vom Hamburger Hauptbahnhof nach Bergedorf
ab 10.45 Uhr Boarding
11 Uhr Schifffahrt von Bergedorf zum Fährhaus Tatenberg
12.30 Uhr Stint-Essen
14.30 Uhr Schifffahrt vom Fährhaus Tatenberg nach Bergedorf
16 Uhr Rückfahrt nach Hamburg, Ankunft am Hamburger Hauptbahnhof ca. 16.45 Uhr
Ticket € 62,- pro Person zzgl. Gebühren (inkl. Hin- und Rückfahrt mit dem Reisebus, Schiffstour, Stint satt inkl. Wasser, 1 Kümmel)



Es geht wieder los! Norddeutschlands Lieblingsfisch erreicht die Oberelbe und wird schon sehnsüchtig von allen Schlemmerfreunden erwartet: Der Stint kommt. Und was gibt es Schöneres, als diesen zarten, handgroßen Fisch stillvoll in den Vierlanden an der Dove Elbe zu genießen? Für Kenner keine Frage, denn frischer als hier geht's nicht. Machen Sie mit uns eine Schifffahrt zum traditionellen Stint-Schlemmen direkt vor die Tür des Restaurants Fährhaus Tatenberg.

Los geht es am Hauptbahnhof, von wo ein Bus Sie nach Bergedorf bringt. Von hier startet ein Schiff der Bergedorfer Schifffahrtslinie und bringt Sie auf einer entspannten Fahrt durch die Vier- und Marschlande zum Fährhaus Tatenberg. Dieser Familienbetrieb wird bereits in der vierten Generation geführt und versteht die Stint-Zubereitung perfekt. Knusprig und goldbraun gebraten gibt's Stint satt, begleitet von Kartoffelbeilagen. Lassen



Sie es sich schmecken und genießen Sie von der grätenarmen Delikatesse, so viel Sie mögen. Zum Glück ist der Weg zum Schiff nicht weit, das Sie satt und zufrieden wieder nach Bergedorf bringt. Und der Käpt'n weiß, was Sie jetzt brauchen: einen Helbing Kümmel zur entspannten Verdauung. In Bergedorf entern Sie den Bus und fahren bequem wieder zum Hauptbahnhof zurück.

Man mag es heute kaum glauben, aber der Stint genoss nicht immer so ein hohes Ansehen. Noch vor 20 Jahren wurde er beim Ackerbau untergepflügt, bis er seinen Siegeszug in die Feinschmeckerwelt antreten konnte. Sein unverwechselbarer Geschmack und seine wenigen Gräten (er gehört zur Familie der Lachse) haben ihn zum Renner der Saison gemacht. Freuen Sie sich drauf!

Wählen Sie Ihren Weg zum Ticket:

1. Hamburger Abendblatt-Geschäftsstelle, Großer Burstah 18-32
Mo.-Fr. 9-19 Uhr, Sa. 10-16 Uhr (Abonnenten sparen hier die Lizenzgebühr und die Versandgebühren)
2. Online unter www.abendblatt.de/leserevents
3. Hamburger Abendblatt-Ticket-Hotline, 040/30 30 98 98
Mo.-Fr. 8-19 Uhr, Sa. 8-13 Uhr

Kaufen Sie die Karten direkt bei uns in der Hamburger Abendblatt-Geschäftsstelle und sparen Sie die Versandgebühren in Höhe von € 6,90.



Hamburger Abendblatt